

Presseinformation

Akademiker befürworten Zuwanderung ausländischer Experten

- **BITKOM-Umfrage: 60 Prozent der Hochqualifizierten sprechen sich für Einwanderung aus**
- **Deutscher Arbeitsmarkt braucht Impulse aus dem Ausland**
- **Reform des Zuwanderungsrechts notwendig**

Berlin, 29. Mai 2008

Eine Mehrheit der Hochqualifizierten in Deutschland befürwortet die Zuwanderung von Spezialisten aus dem Ausland. Das ergab eine repräsentative Umfrage des Marktforschungsinstituts Forsa im Auftrag des Bundesverbands BITKOM. Danach sprechen sich fast 60 Prozent der Bundesbürger mit Hochschulabschluss oder Abitur für mehr Zuwanderer aus, um den Fachkräftemangel in Deutschland zu lindern. 39 Prozent der Befragten sind dagegen. Weniger aufgeschlossen sind Menschen mit geringerem Bildungsniveau. Unter den Befragten mit einem Haupt- oder Realschulabschluss votieren nur 38 Prozent für die Zuwanderung Hochqualifizierter, 60 Prozent sind dagegen. Am geringsten ist die Zustimmung unter den Befragten ohne Schulabschluss mit 27 Prozent. „Der deutsche Arbeitsmarkt braucht dringend Impulse von außen“, sagte BITKOM-Präsident Prof. August-Wilhelm Scheer anlässlich einer aktuellen Bundestagsberatung zum Thema Zuwanderung. „Spezialisten aus dem Ausland bringen auch den Geringqualifizierten neue Arbeitsplätze. Im Schnitt schafft jeder zugewanderte Hochqualifizierte zwei bis drei zusätzliche Arbeitsplätze in seinem Umfeld. Hier müssen wir mehr aufklären.“

Derzeit fehlen in Deutschland Zehntausende Experten, insbesondere in den technischen Disziplinen. „Das deutsche Bildungssystem könne den Bedarf der Wirtschaft nicht decken“, sagte Scheer. Allein für IT-Spezialisten gibt es mehr als 40.000 offene Stellen. Nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft entstehen durch nicht besetzte Stellen in Deutschland insgesamt Wertschöpfungsverluste in Höhe von 18,5 Milliarden Euro. „Neben der Modernisierung des Bildungssystems ist die Zuwanderung von ausländischen Experten die wichtigste Maßnahme zur Verringerung des Expertenmangels“, sagte Scheer. Bisher verhindert das restriktive Zuwanderungsrecht eine stärkere Einwanderung von Spitzenkräften aus Nationen, die nicht zu den Kernländern der

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation und
neue Medien e.V.

Albrechtstraße 10
10117 Berlin
Tel. +49.30.27576-0
Fax +49.30.27576-400
bitkom@bitkom.org
www.bitkom.org

Ansprechpartner
Maurice Shahd
Pressesprecher
Wirtschaftspolitik und Konjunktur
Tel. +49.30.27576-114
Fax +49.30.27576-51-114
m.shahd@bitkom.org

Dr. Stephan Pfisterer
Bereichsleiter
Personal und Arbeitsmarkt
Tel. +49.30.27576-135
Fax +49.30.27576-400
s.pfisterer@bitkom.org

Präsident
Prof. Dr. Dr. h.c. mult.
August-Wilhelm Scheer

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Presseinformation

Akademiker befürworten Zuwanderung ausländischer Experten

Seite 2

Europäischen Union gehören. Selbst IT-Spezialisten aus den Beitrittsländern Polen, Ungarn und Tschechien dürfen sich nicht dauerhaft in Deutschland niederlassen. Langfristig darf nur bleiben, wer mehr als 86.000 Euro pro Jahr verdient oder als Selbstständiger mindestens 500.000 Euro investiert und fünf Personen vom Tag der Unternehmensgründung an beschäftigt. „Diese Regelungen verhindern Zuwanderung statt sie zu fördern“, sagte Scheer.

Deutschland müsse für ausländische Spitzenkräfte attraktiver werden und ihnen eine langfristige Perspektive bieten. „Die Bundesregierung sollte die Zuwanderungsbestimmungen für Hochqualifizierte lockern und im Ausland aktiv für den Arbeitsstandort Deutschland werben“, betonte Scheer. Bei ihrer Klausurtagung in Meseberg im vergangenen Jahr hatte das Bundeskabinett ein Konzept angekündigt, wie die Zuwanderung Hochqualifizierter aus dem Ausland dauerhaft geregelt werden soll. Scheer: „Wir nehmen die Bundesregierung beim Wort und hoffen, dass sie ihre Ankündigung Tat umsetzt.“

Zur Methodik: Bei der Forsa-Umfrage wurden 1001 repräsentativ ausgewählte Personen befragt.

Der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. vertritt mehr als 1.200 Unternehmen, davon 900 Direktmitglieder mit etwa 135 Milliarden Euro Umsatz und 700.000 Beschäftigten. Hierzu zählen Anbieter von Software, IT-Services und Telekommunikationsdiensten, Hersteller von Hardware und Consumer Electronics sowie Unternehmen der digitalen Medien. Der BITKOM setzt sich insbesondere für bessere ordnungspolitische Rahmenbedingungen, eine Modernisierung des Bildungssystems und eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik ein.